

Rezension: "Formwandel der Verfassung. Die postdemokratische Verfasstheit des Transnationalen" von Kolja Möller im Verlag Transcript, 2015, Bielefeld.

Mareike Gebhardt*

In dieser breit angelegten Studie zum „Formwandel der Verfassung“ präsentiert Kolja Möller den Leser_innen eine episodische Lektüre der (kanonischen) Ideengeschichte des politischen Denkens von Aristoteles bis Žižek. Dennoch sind die denkerischen Hauptakteure schnell ausgemacht: Das Denken von Hegel und Marx, von Luhmann, Habermas und Laclau bilden die argumentativen Referenzpunkte der Untersuchung. Die Auswahl leuchtet dabei ein, betont die Untersuchung doch die überfällige Ergänzung von System- und Diskurstheorie um eine postmarxistische Hegemonietheorie. Was Luhmann und Habermas übersahen, betont Laclau: asymmetrische Herrschaft und die Reproduktion von Machtkonstellationen. Innerhalb dieser intertextuellen Matrix verbindet die Studie anhand einer systematischen Fragestellung – die nach der „postdemokratischen Verfasstheit des Transnationalen“ – Theorie und (tagesaktuelle) Praxis. So strebt sie die anspruchsvolle „Abmessung des weltgesellschaftlichen Zustands und seine Konsequenzen für Recht und Politik“ an, um dadurch eine „aussichtsreiche Diskussion der globalen Verfassungsfrage“ führen zu können (80).

Hierzu dienen vier große Kapitel, die die Hauptargumentation der Untersuchung bilden. Im ersten Teil, der von einer theoretischen Auseinandersetzung mit Marx, Hegel und Luhmann begleitet wird, werden zunächst verschiedene tagesaktuelle Problemlagen in Recht, Politik und Ökonomie beschrieben, die unter den Schlagworten der (neoliberalen) Globalisierung und Postdemokratie subsumiert werden können. In dieser *postnationalen Konstellation* (Habermas) „gerät die ausschließliche Identifizierung von Nationalstaat und

Verfassung zunehmend unter Druck; ja, es wird immer deutlicher, dass der moderne Konstitutionalismus, der im Nationalstaat seinen Ausdruck gefunden hat, nur ein Kapitel in einer vielfältigeren Verfassungsevolution abgibt, deren Zukunft in der Weltgesellschaft eventuell vollkommen neuartige Facetten hervorbringen wird. Insgesamt ist es fraglich, ob Staatsverfassungen unter Bedingungen globaler Vernetzung überhaupt noch in der Lage sind, ihre Funktionen zu erfüllen.“ (9) Dabei wird betont, dass der „Konstitutionalismus eine starke transnationale Dimension [erhält]“ (10) und „der Übergang in die Weltgesellschaft mit einem Verfassungswandel einhergeht“ (20). Diese Transformation erfasst die Untersuchung mit dem Begriff des *Formwandels* – eines „Veränderungsprozess[es]“, der „bestimmte Strukturmerkmale des Konstitutionalismus in die Weltgesellschaft fortschreibt; diese jedoch so grundlegend transformiert, dass man von einer anderen Form des Konstitutionalismus ausgehen muss“ (30).

Im zweiten Teil wird erklärt, wie der „Formwandel des Konstitutionalismus“ durch die Entstehung dessen, was mit Luhmann *Weltgesellschaft*, manchmal auch mit Habermas *postnationale Konstellation* bezeichnet wird, vorangetrieben wurde: „Gesellschaft ist heute immer Weltgesellschaft. Sie ist nicht nur eine internationale Gemeinschaft von Staaten, sondern auch das Feld, auf dem Individuen Recht einklagen, transnationale soziale Bewegungen protestieren, multinationale Konzerne investieren und politische Institutionen erfunden oder abgeschafft werden.“ (49) Es geht also nicht nur um politische, sondern auch um soziokulturelle, ökonomische und juristische Strukturen, die sich im Zuge einer ausgedehnten Globalisierung wandeln. Da

* Mareike Gebhardt, DFG-Graduiertenkolleg 1718 „Präsenz und implizites Wissen“, FAU Erlangen-Nürnberg. E-Mail: mareike.gebhardt@fau.de

jedoch die Theorien von Luhmann und Habermas in einem sozialdemokratischen Denken verhaftet bleiben, sind sie blind für hegemoniale Machtkonstellationen und asymmetrische Ausdifferenzierung innerhalb der Globalisierung. Deshalb müssen die System- wie auch die Diskurstheorie für eine postmarxistische bzw. hegemonietheoretische „Umschrift“ (62, 82) geöffnet werden. Nach einer kursorischen Abarbeitung der zentralen Denkmotive Gramscis, Laclaus und Mouffes kommt die Studie zu dem Schluss, dass die *Weltgesellschaft* durch eine „fragmentierte Hegemoniekonstellation“ gekennzeichnet sei. Daher wird dafür plädiert, die sozialdemokratischen Theorien von Luhmann und Habermas – in ihrem unerschütterlichen Glauben an die fairen Kommunikationsmechanismen innerhalb des demokratischen Rechtsstaats – durch hegemonietheoretische Argumente um ein herrschaftskritisches Moment zu ergänzen.

Der dritte Teil beleuchtet die Schwächen verschiedener kosmopolitischer Ansätze, die angesichts der Transnationalisierung „keine befriedigenden Antworten auf die Konfliktlagen“ bereithalten. In einer argumentativen Schleife greift die Studie erneut auf „alt-europäische“, „staatszentrierte Demokratiemodell[e]“ zurück, die jedoch an den „neuartigen Gefährdungslagen“ scheitern. Schließlich „halten [sie] weder die normativen noch die praktischen Ressourcen bereit, um den Bereichslogiken des Transnationalen adäquat zu begegnen“ (166). So beginnt die „Suche nach funktionalen Äquivalenten“: nach „Formen der Mitbestimmung, Allgemeinwohlorientierung und Responsivität“, die unter den prekären Bedingungen der demokratischen Verfassung im transnational-postwestfälischen Zeitalter einen politischen Raum der Erneuerung eröffnen sollen und die Defizite nationalstaatszentrierter Modelle hinter sich lassen. Schnell findet die Untersuchung eine „passend[e] Antwort“, die jedoch wenig überrascht: zivilgesellschaftliche Demokratisierung, die mit „Responsivitätspflichten, Reflexionspotentiale[n] und Politisierungschancen“ einen „Gegenkreislauf in Gang setzen“ soll (166).

Aus der Amalgamierung von System- und Diskursmit Hegemonietheorie formuliert die Untersuchung als Zwischenfazit, dass die bisherigen „Vorschläge“ zwar den „Anspruch einer zivilgesellschaftlichen Mitbestimmung [erfüllen], [...] jedoch am Maßstab einer demokratischen Konstitutionalisierung [scheitern]“ (166 f.). Habermas kann zwar eine postnationale Demokratie denken, kann sich jedoch nicht von einem unangemessenen Idealismus lösen; Laclau betont die Problematik

einer asymmetrischen Machtkonstellation des Postnationalen, kann allerdings keinen Gegenentwurf skizzieren. Hier stellt die Untersuchung die Weichen – und entscheidet sich: Auf das Ideal einer demokratischen Verfassungsbildung globaler Perspektive muss zugunsten einer „negativen“ und „destituierenden“ Strategie verzichtet werden. Der *Formwandel* evoziert einen ‚Paradigmenwechsel‘ von *Konstitution* zu *Destitution*. Eine herrschaftskritische Analyse der transnationalen Verfassungsbildung muss „ab- und ent-setzend orientiert sein“. Dadurch sollen die „Sozialregime von ihrer hegemonialen Füllung [...] befrei[t]“ und eine „mögliche Leere der Verfassung als Form wieder denkbar“ gemacht werden (178). *Form follows function*, könnte man schlussfolgern: Ist die demokratische Funktion nicht mehr *Kon-*, sondern *De-*stitution, dann muss eine transnationale Verfassung nicht mehr über klassische Muster einer (einheitlichen) Volkssouveränität *etabliert*, sondern über „ab- und ent-setzende“ Strategien der Gegenhegemonie hinterfragt, ins Wanken gebracht oder *destabilisiert* werden. Dieser ‚Paradigmenwechsel‘ stellt die Zäsur der Untersuchung dar, die sich nun von Habermas und Luhmann distanziert und neue semantische und inhaltliche Allianzen eingeht. An ihrem Ende wendet sich die Studie einem neuen denkerischen Protagonisten zu und erörtert Claude Leforts berühmte Formel vom *leeren Ort der Macht*. Diese Bewegung überrascht die Leser_innenschaft auf formaler Ebene insofern, als bis dato nicht auf den Rekurs zur Lefort’schen politischen Theorie verwiesen worden war; inhaltlich erstaunt sie, da der Begriff der Leere – argumentativ kohärent – über Laclaus Arbeiten zu Populismus erarbeitet hätte werden können.

Zu Beginn des Kapitels kommt es aber zunächst zu einer Auseinandersetzung mit Ingeborg Maus. Möller betont noch einmal, dass der „Formwandel der Verfassung im Übergang zur Weltgesellschaft [...] durch weitgehende demokratische Defizite geprägt“ sei: „Verfassung ohne Demokratie lautet die Diagnose“, weshalb nun auch das „Demokratieprinzip“ – also die „Identität von Rechtsautoren und -adressaten“ – einen Formwandel durchlaufen muss, will man es in die Weltgesellschaft retten. Diese Transformation vollzieht sich über eine Strategie der Entleerung – und hier kommt Lefort ins Spiel. Zunächst muss die Demokratie von ihren substanziellen Annahmen und normativen ‚Füllungen‘ geleert werden. In diese Leere stößt jedoch nicht das Reinheitsphantasma des ‚Volkes‘ in der Tradition des *populus*, sondern heterogene Strukturen, die sich an Verfassungskämpfen

entzündend und als „plebejisch“ gefasst werden. Dieser gegenhegemonialen Bewegung des *plebs* geht es dann nicht mehr um die Etablierung von Strukturen von Freiheit und Gleichheit als demokratische Verfassung oder Verfasstheit (*Konstitution*), sondern vielmehr um die *Destitution* hegemonialer Regime in transnationalen Räumen. Die *Destitution* artikuliert sich im Sinne einer Lefort'schen Entleerung „nicht zentralisiert in einem einheitlichen *demos*“, sondern vielmehr in „Organen der Negativität“ (180).

Schlussfolgernd kommt die Studie auf die „demokratische Verfassung in der Weltgesellschaft“ zu sprechen, die ihre „Haltepunkte weder im Nationalstaat oder in einer übergreifenden Weltverfassung noch in den Regimeverfassungen findet“. Vielmehr würdigt sie die stets nur „vorläufige[n], gegenhegemoniale[n] Kommunikationsstrukturen“, die allerdings „mit ihrer destituierenden Macht eine relativ klar umrissen[e] Aufgabe haben: als destituierende Macht auf der Bühne der Weltgesellschaft zu erscheinen und die Besitzer des Machtsymbols anzufechten, indem sie es zu okkupieren versuchen. Damit könnte die Fülle des transnationalen Konstitutionalismus einer ausstehenden Leere weichen.“ (205)

Mit dem Begriff der ‚Leere‘ bedient sich Möller eines gängigen Topos der *Post-Fundamentalist_innen* (Marchart). Hier bleibt fraglich, inwiefern die – durchaus sympathische – Studie neue Denkmotive in die Diskussion bringen kann. Einerseits stehen besonders Laclaus postmarxistische Denkmotive im Vordergrund, die sich den Vorwurf eines binären Ökonomismus zumindest gefallen lassen müssten; die Auseinandersetzung mit seinen poststrukturalistischen Überlegungen, die eine größere argumentative Wirkmacht entfalten hätten können, bleibt hier leider auf der Strecke. Andererseits erinnern insbesondere die Ausführungen der letzten Kapitel an Rancières Überlegungen zum demokrati(etheoretischen) Potenzial einer *Zählung der Ungezählten*, an Isabell Loreys *Figuren des Immunen* und eben auch an Laclaus *populare Leere*. Daher bleibt an dieser Stelle offen, inwieweit die vorliegende Untersuchung – den erwähnten Theorien durchaus Rechnung tragend – zu einer innovativen Lesart des Demokratischen als Ruptur des Hegemonialen beitragen kann. Sicherlich hat die Studie jedoch die zentralen Denkfiguren der zeitgenössischen Demokratie- und Politiktheorie in einer ungewöhnlichen Bricolage zusammengetragen.

Angesichts der umfangreichen Forschungsliteratur erstaunt dann eine Leerstelle: In der Erörterung

des dysfunktionalen Kosmopolitismus verzichtet die Untersuchung auf einen *locus classicus*; nämlich Hannah Arendts fundierte Kritik an den kosmopolitischen Menschenrechten, an die eine Vielzahl von einschlägigen zeitgenössischen Menschenrechtskritiken anschließt.

Darüber hinaus erscheint die Auseinandersetzung mit spezifischen Begriffen, *termini technici* und Denktopoi oft nonchalant. Obwohl sie nominell im Inhaltsverzeichnis und den Überschriften nicht vorkommen, kann der/die Leser_in die jeweiligen denkerischen Protagonist_innen der einzelnen Kapitel schnell identifizieren und zuordnen. Zur besseren Nachvollziehbarkeit und auch in Anbetracht der argumentativen Nähe zu den behandelten Denker_innen wäre eine deutlichere Benennung wünschenswert gewesen.

Für die Argumentationsstruktur der Studie wäre eine zugespitzte Fragestellung am Anfang hilfreich gewesen, die Neugier der Leser_innen stärker wecken zu können. Dadurch hätten die scheinbar losen Argumentationselemente stärker zueinander gefunden und die Argumentation wäre insgesamt für die Leser_innenschaft besser nachvollziehbar gewesen.

Das zentrale Denkmotiv der Studie, das den *Formwandel der Verfassung* unter zeitgenössischen Bedingungen des Transnationalen als eine Bewegung denkt, die den Fokus statt auf einen *pouvoir constituant* auf einen *pouvoir destituant* richtet, generiert interessante demokratietheoretische Anknüpfungspunkte und Denkpulse und wird sicherlich zu weiterführenden Diskussionen beitragen können.